

SPD-Kreistagsfraktion im Kreistag von Schwäbisch Hall

Haushaltsrede 2022

Erstellt und vorgetragen vom
Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion
Oberbürgermeister a.D. Georg Schlenvoigt, Crailsheim



Herr Landrat, Kolleginnen und Kollegen meine Damen und Herren,

es ist schon überraschend, auch im Jahr 2022 über einen Kreishaushalt zu sprechen, der trotz aller Unkenrufe nicht etwa von Knappheit oder gar Mangelwirtschaft geprägt ist. Jetzt geht tatsächlich einiges sogar mit einer Rückführung der Kreisumlage um einen Punkt, einer ordentlichen Schuldentilgung und einem Bauprogramm, das sich sehen lassen kann. Die wachsenden Ausgaben für die soziale Sicherung müssen und können wir uns leisten, ob nun für das Bundesteilhabegesetz, die Eingliederungshilfe, die Hilfen zur Pflege auch für das Kinder- und Jugendstärkegesetz. Wo wären wir in der Pandemie ohne unseren Sozialstaat? Der sozialen Sicherung kommt in diesen Zeiten ebenso wie dem Klimawandel, der Digitalisierung und der Transformation unserer Wirtschaft eine noch größere Bedeutung zu.

Um das zu sagen, hätte ich nicht extra nach Schwäbisch Hall fahren müssen, sondern es mir auch gut vor meinem PC gemütlich machen können.

Das geht leider nicht, weil wir auch für den Haushalt 2022 an den Rahmenbedingungen arbeiten müssen, die anschließend fester Bestandteil unserer Kreistagsarbeit werden sollen. Natürlich hat Corona bei Vielem einen Strich durch die Rechnung gemacht nicht nur durch unsere heutige Präsenzsitzung. Ich will jetzt mal nicht darüber spekulieren, ob heute bei den wichtigen Haushaltsreden der Fraktionen eine Videokonferenz angemessen ist. Aber darüber reden, Herr Landrat, sollten wir allemal.

Wenn ich schon kurz bei Corona war, möchte ich mit der Gesundheitsversorgung im Landkreis beginnen. Ja, diese Pandemie hat uns deutlich gezeigt, welche Rettungsanker wir mit unseren beiden Krankenhäusern im Landkreis haben! Gut, dass das auch die große Politik erkannt und durch die vielen Zuschüsse das Defizit in unserem Kreisklinikum mehr als halbiert hat. Geblieben ist uns allerdings ein strukturelles Defizit, das sich in einem Rückgang an Patienten dokumentiert. Nachdem durch Corona so manche notwendigen Routineeingriffe verschoben wurden, ist eine Normalisierung und Konsolidierung noch nicht abzusehen. Es wäre vor diesem Hintergrund jetzt zwar nicht angemessen, die geplante Erweiterung unseres Klinikums auf 200 Betten infrage zu stellen. Es wäre schon interessant zu wissen, ob unsere Intensivbetten und das zugehörige Personal im notwendigen Umfang verfügbar sind. Wenn wir also weiter auf den Zuwachs an Betten und Behandlungen setzen, muss zugleich die Frage beantwortet werden, mit welchem Personal und mit welcher Personalstrategie dieses Ziel erreicht werden soll. Und für uns als Kreisräte spielt die Finanzierung dieser Aufgabe ebenso eine Rolle, wie die sich immer stärker abzeichnende Wettbewerbssituation zum Diak in Schwäbisch Hall. Dabei ist auch die Frage zu stellen, was Sie mit Ihrem Taktieren zum Thema Linienbeschleuniger im Landkreis beabsichtigen, Herr Landrat.

Vielleicht kann ich dazu einen Kontrapunkt setzen, indem ich in den kommenden Wochen einige Schichten beispielsweise auf der Intensivstation des Klinikums ehrenamtlich leiste. Ich bin dreifach geimpft und habe jahrelang in der Pflege gearbeitet und jetzt stehe ich halt als freiwilliger Zivildienstleister zur Verfügung.

Bei aller Nachdenklichkeit: die SPD-Fraktion steht uneingeschränkt hinter dem Kreisklinikum und seinen Leistungen. Um es an dieser Stelle vorwegzunehmen, die SPD-Fraktion unterstützt auch in vollem Umfang die medizinischen Versorgungszentren im Landkreis, soweit sie keine staatliche Konkurrenz zu privaten Fachkliniken beabsichtigen. Dass dieser Dienst an der Allgemeinheit allerdings nur Defizite erbringt, ist wohl eine bittere Wahrheit, der wir uns bei allen weiteren Erörterungen stellen müssen. Aber, so richtig konzeptionell aufgearbeitet haben wir das Thema mit den medizinischen Versorgungszentren und ihren Allgemein – und Fachmedizinerinnen gewiss nicht. Ob allerdings weitere Diskussionen zu besseren Ergebnissen führen können, möchte ich heute mal bezweifeln.

Von der Gesundheitsversorgung zum Umweltschutz ist der Weg eigentlich gedanklich nicht weit, wenngleich unsere subjektive Skala im Umwelt-Öko Meter des Landkreises hier einen deutlichen Ausschlag nach unten macht. Dass wir Zweifel haben müssen an der nachhaltigen Erträglichkeit unseres Handelns und seiner ökologischen Folgen, ist wohl noch nicht so recht überall angekommen. Zumindest erreichen uns höchst unterschiedliche Signale aus den Kommunen des Landkreises – da gibt es tatsächlich eine Gemeinde, die das Thema nichtöffentlich behandeln möchte, weil die Bürgerschaft nicht beunruhigt werden soll. „Is this true?“- würde Bob Demuth, der dieses Jahr verstorbene Ehrenbürger der Stadt Crailsheim fragen, so wie er immer gefragt hat, wenn ich ihm etwas Unglaubliches erzählt habe.

Aber der Kreistag selbst war ja auch zugeknöpft, als die SPD-Fraktion im letzten Haushalt eine Flankierung der Klimaschutzbeauftragten in den Kommunen beantragt hat. Und deshalb beantragen wir jetzt konsequenter Weise und mit der Bitte um unmittelbare Umsetzung:

Antrag:

„Die Landkreisverwaltung legt einen mit den Städten und Gemeinden abgestimmten Vorschlag vor, wie die hiesigen Klimaschutzbemühungen beschleunigt und intensiviert werden können“.

Wie bei meiner letzten Haushaltsrede werde ich auch dieses Mal aus Gründen der Zeitersparnis und Effektivität einige Anträge im Anhang zusammenfassen, die ich hier nicht vortragen werde. Allerdings bitte ich, diese Anträge nicht weniger wichtig zu nehmen.

Dass die Beiträge des Individualverkehrs zur Klimabelastung reduziert werden müssen, ist unzweifelhaft. Vielleicht hat das Land Baden-Württemberg auch deshalb ein 300 -seitiges Rechtsgutachten zu“ Handlungsmöglichkeiten des Landes für mehr Klimaschutz im Verkehr auf Landes- und Kommunalebene“ erarbeiten lassen. Auch ohne dieses Gutachten hätten wir beispielsweise bei der Neugestaltung der Tiefgarage unterm Landratsamt zur Förderung der Elektromobilität nicht nur Ladesäulen anbringen, sondern das Parken von Elektroautos kostenfrei machen können. Jetzt will ich nur die Bitte äußern, dass wir uns zeitnah, beispielsweise auch auf Basis dieses Landesgutachtens mit den Themen Verkehr und Klimaschutz nochmals intensiver hier im Kreistag auseinandersetzen.

Der öffentliche Personennahverkehr ÖPNV sollte unter Aspekten des Klimaschutzes zunehmend in den Fokus unseres Handelns rücken. Bei der Klausursitzung des Kreistags, die zu diesem Thema auf Beantragung der SPD-Fraktion im Sommer des Jahres stattgefunden hat, haben alle Teilnehmer gespürt, welche Potenziale im ÖPNV des Landkreises ruhen. Es gibt eine umfangreiche Dokumentation dieser Sitzung. Auf klare Handlungsempfehlungen warten die Mitglieder des Kreistages indes immer noch. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb:

Antrag:

„Die Ergebnisse der ÖPNV Klausur sind bis Anfang 2022 seitens der Landkreisverwaltung so aufzuarbeiten, dass daraus klar umsetzbare Handlungsempfehlungen dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt werden können. Entstehende Kosten für zusätzliche Maßnahmen werden überplanmäßig im Haushalt untergebracht“.

Ohne dass wir uns als Kreistagsmitglieder zu wichtig nehmen würden, wäre es der Öffentlichkeit doch sicherlich nur schwer vermittelbar, dass sich der gesamte Kreistag einen halben Tag lang mit so einem wichtigen Thema wie dem ÖPNV beschäftigt und die Kreisverwaltung daraus bislang keinerlei Schlussfolgerungen zieht.

Unsere stiefmütterliche Behandlung des Themas ÖPNV dokumentiert sich nicht nur darin, dass wir – wie bereits bei der letzten Haushaltsrede dargelegt – für unseren öffentlichen Verkehr im Landesvergleich unterdurchschnittlich wenig Geld zur Verfügung stellen. Und trotz unseres jahrzehntelangen Bemühens hat der ÖPNV doch immer noch ein schlechtes Image geprägt von der Unlesbarkeit von Fahrplänen, Kursbüchern, mangelndem Bedienungskomfort und Unpünktlichkeit sowie unabgestimmten Fahrplänen von Bahn und Bus. Diese Aufzählung könnte beliebig verlängert werden, wie sich das dann auch an unseren Anträgen im Anhang festmachen lässt. Vielleicht kann uns ja die Digitalisierung zu einem neuen Schub für die Benutzerfreundlichkeit im ÖPNV tragen beispielsweise durch die Einführung einer Mobilitätsapp im Rahmen des landesweiten E-Ticketing. Die SPD-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag:

Antrag:

„Es wird beantragt, die derzeitigen Bemühungen des Kreisverkehrs um ein landesweites E-Ticketing mit der Einführung einer Mobilitätsapp zu komplettieren und dafür die notwendigen Landesförderungen zu akquirieren“.

Damit könnten wir gewiss einer der Kernforderungen der Kreistagsmitglieder aus der ÖPNV Klausur entsprechen, dass die Angebote unkompliziert, integriert und weitgehend selbsterklärend sein müssen.

Aus ökologischer Sicht muss es natürlich unser Ziel sein, den öffentlichen Verkehr weitgehend emissionsfrei zu gestalten. Vor diesem Hintergrund hält es

die SPD-Fraktion für bedauerlich, dass ihr Antrag für den vergangenen Haushalt bereits emissionsarme Antriebe zu fördern seitens einer Kreistagsmehrheit abgelehnt wurde. Vielleicht können wir für diesen Haushalt daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass man nicht nur Gutes zu tun beabsichtigen soll, sondern dies auch richtig tun muss. Deshalb beantragen wir für den kommenden Haushalt:

Antrag:

„Die Kreistagsverwaltung möge zeitnah klären, wie eine Bezuschussung von emissionsarmen Antrieben im ÖPNV bewerkstelligt werden kann, ohne dabei Förderaspekte des Landes negativ zu berühren. Ziel ist eine Bezuschussung im kommenden Haushaltsjahr von mindestens sechs Bussen des ÖPNV“.

Wir wissen zwischenzeitlich alle, dass es beim ÖPNV in erster Linie auf das Angebot und die Taktung ankommt. Wir wissen aber auch, dass der Charme von finanziellen Anreizen immer noch ungebrochen ist. Deshalb schlagen wir vor, der Bevölkerung im Landkreis ein kostenfreies ÖPNV Angebot an Samstagen zu machen und beantragen:

Antrag:

Der Kreistag beschließt, dass für einen vorgegebenen Zeitraum- beispielsweise im Sommer des Haushaltsjahrs 2022- jeweils an Samstagen die Angebote des Kreisverkehrs kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Mit diesem Antrag können wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einerseits fördern wir den ÖPNV und andererseits leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Förderung des innerstädtischen Einzelhandels, der Gastronomie und zur Belebung der Städte, die durch die Coronapandemie so fürchterlich gebeutelt wurden.

Der Schienenverkehr wurde bei der ÖPNV Klausur auf Vorgabe der Kreisverwaltung ausgespart. Das darf aber nicht bedeuten, dass uns die Schiene im ÖPNV weniger wichtig als die Straße wäre. Wir bitten deshalb den Landkreis, bei allen anstehenden Maßnahmen im kreisweiten und kreisüberschreitenden Schienenverkehr eine aktive Rolle zu übernehmen. Auch in Ihrer neuen Funktion, Herr Landrat als Kopf der „Interessengemeinschaft für den Schienenkorridor zwischen Stuttgart und Nürnberg“ hoffen wir, dass Sie jetzt richtig Fahrt aufnehmen werden.

Bleiben wir jetzt noch kurz gedanklich auf der Straße und wenden uns der Verkehrsüberwachung zu, die für die Sicherheit und auch für die öffentlichen Akzeptanz der Individualverkehre unerlässlich ist. Wie der Kreistag in den Ausschüssen informiert wurde, schlägt die Landkreisverwaltung vor, dass stationäre Blitzer in den Kommunen eingerichtet werden können, die durch den Landkreis seinerseits dann betrieben und verwaltet werden. Die SPD- Fraktion beantragt in diesem Kontext:

Antrag:

„Der Landkreis nimmt für den Haushalt 2022 einen Betrag von ca. 100.000€ für die Finanzierung der Ausstattung zweier stationärer Blitz-einheiten auf. Diese Einheiten können dann wechselnd an solchen Standorten eingesetzt werden, an denen Städte und Gemeinden die Meß-säulen installiert haben“.

Jetzt noch ein Wort zur Landwirtschaft, deren Thematik wir bei der letztjährigen Haushaltsrede der SPD-Fraktion aufgegriffen und im Umweltausschuss unter den Aspekten von Ökonomie, Ökologie und Sozialem besprochen haben. Auch nachdem jetzt die Vorschläge der Borchert Kommission zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft vorliegen, sollten wir dieses Thema im Kreistag dringend nochmals erörtern.

Ich springe von der einen Notsituation zur anderen, wenn ich die unerträgliche Wohnungsnot anspreche, die den schönsten aller Landkreise mehr und mehr in Nöte bringt selbst wenn der Landkreis jetzt den Mietspiegel fortschreiben wird. Es ist zwar aus der Perspektive des Kreises schön, dass er durch die Höhenflüge bei der Grunderwerbsteuer enorme Erlöse erzielt. Es wäre dabei aber mehr als gerecht, wenn der Kreis auch einen sozialen Ausgleich im Blick hätte. Deshalb muss sich jetzt der Kreis kurzfristig mit den Kommunen im Landkreis ins Benehmen setzen mit dem Ziel, den sozialen Wohnungsbau beispielsweise durch die Gründung einer Kreis- Wohnungsbaugesellschaft zu fördern. Diese Wohnungsbaugesellschaft kann dann auch beispielsweise als Zwischenmieter tätig werden. Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Antrag:

„Die Kreisverwaltung erarbeitet gemeinsam mit den Kommunen des Landkreises Fördermaßnahmen für den sozialen Wohnungsbau und berichtet darüber dem Kreistag in der ersten Hälfte des Haushaltsjahrs 2022“.

Wenn ich abschließend über das Thema Kinderarmut spreche, dann schwingt bei mir ein unglaubliches Unverständnis mit, dass in unserer wohlhabenden Gesellschaft Kinderarmut überhaupt ein Thema ist. Ich bedaure aber gleichzeitig, dass dieses Thema, das die SPD-Fraktion jetzt bereits seit Jahren in den Haushaltsreden anspricht, seitens der Kreisverwaltung geradezu demonstrativ liegengelassen wird. Dabei müssen wir uns mal vor Augen führen, dass jedes fünfte Kind in unserer Gesellschaft von Armut bedroht oder arm ist. Das kann uns doch wirklich nicht egal sein!

Die SPD-Fraktion hat zu diesem Themenkreis in den vergangenen Haushaltsreden klare Impulse gesetzt und Fragen gestellt. Beispielsweise ob im Rahmen von Bildung und Teilhabe der politische Wille bei der Verwaltung besteht, die Dinge zu vereinfachen, wie das bei anderen Landkreisen bereits im Alltag gehandhabt wird. Ich werde dieses Thema deshalb nicht noch einmal vertiefen, versichere Ihnen allerdings, dass die SPD-Fraktion im Kreistag dieses Thema immer wieder ansprechen wird.

Es ist mir abschließend ein Anliegen Ihnen, verehrten Kolleginnen und Kollegen im Kreistag genauso wie Ihnen Herr Landrat und der Kreisverwaltung, Dank für die sonst sehr kooperative Zusammenarbeit zu sagen. Bleiben Sie alle gesund und lassen Sie uns hoffen, dass diese Videokonferenz nur eine Ausnahme in unserem Sitzungsalltag des Landkreises Schwäbisch Hall sein wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Crailsheim den 16.11.2021

Anhang:

Es sollte hier nicht der Eindruck entstehen, dass die im Anhang aufgegriffenen Themen der SPD-Fraktion unwichtiger wären als die Themen, die in der Haushaltsrede angesprochen sind. Aber angesichts der Redezeitbeschränkung von 15 Minuten und auch der Effizienz des Vortrags hat sich die SPD-Fraktion entschieden, einige Punkte in den Anhang zu stellen, um deren Abstimmung ebenfalls im Kreistag gebeten wird. Falls es Überschneidungen mit den Anträgen in der Haushaltsrede gibt, wird der Kreistag damit schon umzugehen wissen!

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass einige Themen, die bereits in der Haushaltsrede 2021 angesprochen wurden, bis heute nicht erledigt sind. Auf diese Themen wird hier nochmals mit Bezug auf 2021 aufmerksam gemacht!

SPD-Fraktion im Kreistag HH zum 2022:

1. ÖPNV flächendeckend auf Straße und Schiene verbessern

Wir begrüßen, dass im Rahmen der ÖV Offensive des Landes zunächst die Wabenstruktur im Landkreis erheblich reduziert wurde und sich damit Vereinfachungen und überwiegend günstigere Kosten für die Fahrgäste ergeben. Das darf jedoch nicht das Ende sein.

Wir erwarten, dass weitere Verhandlungen mit dem HNV und dem Ostalbkreis zügig aufgenommen werden, damit Fördermöglichkeiten des Landes nicht verloren gehen.

Wir nehmen unsere Forderungen aus den Jahren 2019, 2020 und 2021 erneut auf, da leider in der Sache zwar einiges aber noch zu wenig passiert ist.:

Wir unterscheiden in Maßnahmen, die einer längeren Vorbereitungs- und Umsetzungszeit bedürfen und Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden können. Letztere könnten schnell zu einer Verbesserung der Angebote und damit der Akzeptanz des ÖV für unsere Bevölkerung führen:

Langfristig umzusetzen aber sofort mit Vorbereitung und Umsetzung starten:

1. Die Forderungen des Fahrgastbeirates und der Behindertenverbände werden sukzessive in das Nahverkehrskonzept eingearbeitet und dies zu einem Mobilitätskonzept erweitert. Zum Beispiel: Barrierefreiheit an den Haltestellen auch im Sinne von 2-Sinne-Prinzip (taktil und gut lesbar u. hörbar), Mindestumsteigezeiten an den zentralen Punkten gemeinsam mit den Betroffenen erarbeiten.
2. Es ist zu überlegen, ob ein Mobilitätspakt zwischen Land, Kreis und Wirtschaftsunternehmen (ähnlich Wirtschaftsraum Heilbronn) Sinn macht.

Hintergrund: Mobilitätspakt Heilbronn-Neckarsulm: „Mobilität

gemeinsam denken“. Das Land Baden-Württemberg, der Landkreis Heilbronn, die Städte Heilbronn und Neckarsulm, die Nahverkehrsgesellschaft BW, die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft sowie die Unternehmen AUDI AG und Schwarz Gruppe haben einen Mobilitätspakt ins Leben gerufen. Gemeinsam arbeitet man an Lösungen von Verkehrsproblemen im Wirtschaftsraum Heilbronn-Neckarsulm. [Mobilitätspakt Heilbronn-Neckarsulm: Maßnahmen \(mobilitaetspakt-bw.de\)](https://www.mobilitaetspakt-bw.de)

3. Mobilitätsunterstützung digital und analog:

a. Digital:

- i. Die Vernetzung sämtlicher Mobilitätsangebote im Landkreis: Einführung einer Mobilitätsapp, ein gutes Beispiel ist die vom BMVI geförderte Mobilitätsapp der Stadt Herrenberg:
[stadtnavi - Das Modellprojekt für vernetzte Mobilität in Herrenberg](#)
- ii. der die App des HNV www.nhv.de/eticket/hnv
- iii. Einführung des landesweiten eticketing (Lets Go). Die Mitarbeit des Kreisverkehrs an diesem Projekt begrüßen wir und unterstützen eine zügige Weiterbearbeitung, um die Landesförderung zu erhalten.

Hintergrund: [130 Maßnahmen für den ÖPNV der Zukunft: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](#): „Gerade im Bereich des Ticketings und Vertriebs kann sich der ÖPNV den Megatrend Digitalisierung zunutze machen – und tut dies in Baden-Württemberg auch bereits. Ein Beispiel ist die Entwicklung und Einführung eines App-basierten E-Ticket-Systems, mit dem Fahrgäste zukünftig durch eine Check-in/Check-out-Option den ÖPNV komfortabel nutzen können. Eine passgenaue Start-Ziel-Erfassung berechnet den günstigsten Tarif. Das System wird auf Basis von Check-in/Check-out funktionieren. Das heißt der Fahrgast meldet sich zu Beginn der Fahrt mittels einer App an, zum Beispiel, wenn er in eine S-Bahn steigt (Check-in). Anschließend fährt er zum Zielort, das ist mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln möglich. Hat der Fahrgast sein Ziel erreicht, meldet er sich in der App ab (Check-out). Im ersten Schritt wird dann anhand der Fahrten pro Tag der Tages-Best-Preis ermittelt. Perspektivisch soll die Best-Preis-Abrechnung auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden, wodurch Zeitkarten miteinbezogen werden können.“

- iv. Digitalisierte Fahrgastinformationen, sowohl bei den ZOB als auch allen Bahnhöfen, Haltepunkten.
 - v. Die größeren Stationen sind zu Mobilitätszentren auszubauen.
- b. Analog (und damit kurzfristig umsetzbar):
- i. Vorübergehend ggfs. analoge Fahrgastinformationen an den ZOB (Übersicht wo fährt welche Linie beim Zugang zum ZOB in Hall z.B.)
 - ii. An den einzelnen Stationen sind die Fahrplanaushänge zu vereinheitlichen optisch zu verbessern und z.B. Umsteigemöglichkeiten anzugeben.
 - iii. Die Busfahrer sind angehalten, die Stationen immer anzusagen (2 Sinne Prinzip). Bzw. auf jeden Fall, wenn die Busse keine Informationsdisplays enthalten.

Diese Forderungen werden seit 2018 auch vom Behindertenverband in seinen Kommentaren zum Nahverkehrsplan erhoben (siehe oben).

Weitere Anträge

1. Für die Beschaffung von Bussen mit alternativem Antrieb werden xxxx €.... zur Verfügung gestellt.
2. Kostenfreier ÖPNV an den Samstagen
Dabei soll die Verwaltung/Kreisverkehr einen Vorschlag erstellen, wie dies ohne Benachteiligung von Zeitkarteninhaber*innen geschehen kann. (z.B. bei Jahreskarte 1 Monatskarte geschenkt)
3. Wie und wie rasch wird das vom Land beschlossene 365 Jahresticket für Jugendliche umgesetzt?
Welche Folgen hat dies für die Preisgestaltung im Landkreis? Ergeben sich möglicherweise Einsparungen, die für eine weitere Verbesserung des ÖV eingesetzt werden können/sollen? (HT 28.10.21)

Zum Schienenverkehr

1. Das Vorhaben des Landes, ein stündliches Angebot im ÖV (z.B. Westfrankenbahn, Tauberbahn, S-Bahn Nürnberg Crailsheim) von 5 Uhr bis 24:00 anzubieten, wird entsprechend vorangetrieben.
2. Die geplanten Ausbauprojekte für die Murrbahn, die Hohenlohebahn (Elektrifizierung) und die Verlängerung der S-Bahn S4 von Nürnberg nach Crailsheim mit Nachdruck von allen

Verantwortlichen einfordern.

3. Der Landkreis sollte eine aktivere Rolle in der Interessengemeinschaft IG Stuttgart Nürnberg übernehmen (Antwort an Anfrage Sawade hat 2 Monate gedauert), insbesondere nachdem der Landrat jetzt auch Vorsitzender ist.
4. Die Zubringerverkehre sind entsprechend anzupassen (von Haus zu Haus-letzte Meile). Dabei sind auch alternative Transportmöglichkeiten wie Bürgerbusse, Rufbusse, u.ä. durch den Landkreis zu unterstützen und weiterzuentwickeln, Fördermöglichkeiten des Landes sind zu prüfen und ggfs. zu beantragen.

Weitere Ziele, die es umzusetzen gilt (Ausschnitte aus Klausur und vorherigen Anträgen der Fraktion):

1. Ausarbeitung eines Konzeptes/Zeitplan/Kostenplan für eine weitere Vernetzung der Hauptgemeinden im Stundentakt.
2. Ausweitung der Hauptstrecken rund um die Mittel- und Unterzentren an den späten Randstunden.
3. Erarbeitung des Linienbündelungskonzeptes, Einbindung eines Beraters erforderlich? Zeit- und Mittelaufwand?
4. Verringerung der großen Diskrepanzen in den Angeboten für die Mittelzentren und den anderen kleineren Gemeinden, auch für kleinere Orte/Teilorte muss eine ÖV-Erreichbarkeit ermöglicht werden, Bürger-taxi, digital gesteuert, MitfahrApp u.ä., modernes Postkutschensystem.
5. Umsetzung der im Civitas Gutachten festgestellten Defizite u.a.:
 - a. Verbesserung des Verhältnisses Netzdichte / Fahrplandichte (derzeit im unteren Drittel)
 - b. Angebote im sogenannten flexiblen Bereich (on demand-Verkehre) besser strukturieren und verlässlicher machen (nicht nur Rufbus mit starrer Linienführung)
 - c. Keine Angebotsreduzierung an den Wochenenden und Feiertagen (Zubringer zu Märkten, Gottesdiensten, Festen)
6. Massive Bewerbung des ÖPNV im Landkreis und darüber hinaus
7. Wie ist der Sachstand bei der Teilnahme am Pilotprojekt des Landes ÖPNV Strategie 2030

Hintergrund: „Nicht nur die klassischen Linienverkehre – sondern in Zeiten und in Räumen mit schwacher Verkehrsnachfrage sind gerade auch die Kombination dieser mit flexiblen Bedienformen wichtig und sollen den Angebotsausbau im ÖPNV signifikant voranbringen.

Mit flexiblen Bedienformen sind all jene öffentlichen Verkehrsträger gemeint, die nicht nach dem klassischen Linienfahrplan fahren, sondern bei Bedarf und auf Abruf Fahrgäste transportieren („on demand“). Dies kann entweder nach Vorbestellung per App/Handy oder telefonisch erfolgen und einer bestimmten Linie zu bestimmten Zeiten folgen oder haltestellenlos per Routing die Fahrgäste je nach Fahrtwunsch einsammeln.

Aktuell unterstützt das Land fünf Pilotregionen beim Ausbau des „on-demand“-Verkehrs, um bessere Takte gerade im ländlichen Raum zu erlangen. Mit einem Förderprogramm „Innovationsoffensive öffentliche Mobilität“ soll ein landesweites Grundangebot im ÖPNV von frühmorgens bis spätabends im Stundentakt verwirklicht werden. Die ausgewählten Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Freudenstadt, **Schwäbisch Hall** sowie der Alb-Donau-Kreis werden nun für die Dauer von fünf Jahren durch das Verkehrsministerium mit bis zu maximal 1,8 Millionen Euro unterstützt. Die Buchung muss per App erfolgen und der Zugang zu den Fahrzeugen barrierefrei sein.“

[130 Maßnahmen für den ÖPNV der Zukunft: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de)

Das Thema: **Enforcement-Trailer** sollte unvoreingenommen nochmals besprochen und dabei über die Erfahrungen berichtet werden, die andere Landkreise damit gemacht haben.

Anträge und Anfragen der SPD-Fraktion zu den Haushaltsberatungen Landkreis Schwäbisch Hall Haushalt 2021, die noch unbeantwortet sind:

I. Soziales

5. Integration (Anfrage)

Geflüchtete Menschen und Asylbewerber*innen erhalten über diverse Programme sowie die Arbeit der Integrationsmanager*innen Unterstützung, damit sie sich erfolgreich in unserer Gesellschaft(sordnung) einfinden können. Umgekehrt stellen wir oftmals fest, dass es mit der gesellschaftlichen und sprachlichen Integration lang hier lebender Zuwanderer nicht immer zum Besten steht. In manchen Orten hat es den Anschein, dass verschiedene Kulturen quasi nebeneinander leben. In Einzelfällen besteht der Eindruck, dass sich sogar die Generation der hier Geborenen mit Migrationshintergrund mehr aus dem Sozialgefüge der Bundesrepublik entfernt, teilweise sogar radikale Sonderwege einschlägt, statt Teil des Ganzen zu sein.

Wir bitten deshalb die Verwaltung um eine Einschätzung der Lage im Landkreis und welche Handlungsmöglichkeiten sie dazu sieht.

6. Alters- und Kinderarmut (Anfrage)

Welche gesellschaftlich positive Wirkung unser Sozialstaat hat, zeigt sich u.a. in der gegenwärtigen Pandemiekrise. Angefangen bei der Gesundheitsversorgung, über das Kurzarbeitergeld bis hin zu den Grundsicherungen stabilisiert der Sozialstaat das gesellschaftliche Miteinander und den Zusammenhalt.

Das setzt sich fort in den vielfältigen Leistungen auf Kreisebene. Was damit für den Zusammenhalt der Gesellschaft erbracht wird, sollte mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden.

Andererseits hat die SPD-Fraktion in den letzten Jahren wiederholt auf die Entwicklung der Alters- und Kinderarmut in unserer wohlhabenden Region hingewiesen und auf ein Gegensteuern gedrängt. Wir wissen, nach den Haushaltsberatungen für 2020 sowie aus der Erarbeitung des Seniorenplanes, dass die Verwaltung dran ist, Vorschläge zu ergreifen, dass es zu einer verstärkten, niedrigschwelligen Nutzung der staatlichen Hilfen kommen kann.

Wir hoffen und erwarten, dass eine Konkretisierung dieser Vorschläge im kommenden Jahr erfolgt und bitten um eine Aussage der Verwaltung, bis wann sie mit ihren Vorschlägen in die Gremien kommen will?

II. Verkehr

1. Schienenverkehr (Anfrage)

Der Landkreis möge berichten über den Stand der Beratungen zur Elektrifizierung der Hohenlohebahn, zur Fernverkehrsstudie auf der Murrbahn sowie zum Stand der Gespräche S-Bahn Anschluss Crailsheim – Nürnberg.

2. Busverkehr Ein-Stunden-Takt im Landkreis (Antrag)

Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit mehrfach die Verbindung der Hauptorte unserer Gemeinden im Stundentakt durch den ÖPNV gefordert. Erste Erfahrungen werden nunmehr im Raum Crailsheim Süd-Ost gesammelt. Darauf aufbauend beantragt die SPD-Fraktion die Einführung des Stundentaktes im Jahr 2022 auch für die anderen Teilräume im Landkreis und die Aufnahmen der Mittel in die mittelfristige Finanzplanung.

3. Schülerverkehr in Corona-Zeiten (Anfrage)

a.) Angesichts der pandemischen Situation nimmt der Landkreis nochmals Kontakt mit den Busunternehmen , Gemeinden und Schulen auf, um den Schülerverkehr zu entlasten und ggfls. weitere Busse einzusetzen.

b.) Ergänzend wären Überlegungen anzustellen, Schüler*innen, die auf eine Busfahrkarte verzichten und mit den Fahrrad oder zu Fuß in die Schule kommen, mit einem Bonus/Anreiz in Höhe von 50 % einer Busfahrkarte zu unterstützen. „Mama-Taxi“ ist nicht das Ziel eines umweltschonenden Verkehrs, auch nicht in Coronazeiten.

Der Kreisverkehr wird gebeten, die Auswirkungen einer derartigen Förderung abzuschätzen.

5. Behördliches Verwaltungshandeln (Antrag)

Im Rahmen der Zielsetzung des Verwaltungshandeln wurden auch für die Verkehrsbehörde Ziele entwickelt. (zu THH2, 1221, Verkehrswesen)
Das hier sind die Ziele des Amtes:

- Schaffung von Strukturen, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten
- Zulassung verkehrssicherer Sondernutzungen öffentlicher Straßen
- Gewährleistung von Verkehrssicherheit, Verkehrserziehung und Versicherungsschutz
- Durchsetzung der Pflichten für die Haltung von Fahrzeugen, Verkehrssicherheit und Versicherungsschutz
- Sicherung einer qualifizierten Ausbildung von Fahrschülern

Die Ziele für das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt sehen keinen Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm vor.

Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, die Ziele des Amtes um den Aspekt der Vermeidung von Verkehrslärm zu ergänzen und jährlich dem Umwelt- und Technik-Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

III. Ordnungswesen (Anfrage)

Zum Aufgabengebiet des Ordnungswesen gehört auch die Kontrolle und Überwachung des Waffen- und Sprengstoffrechts.

Diese verfolgen u.a. die Ziele:

- Schutz der Bevölkerung vor missbräuchlichem Waffenbesitz
- Erfüllung der Hoheitsaufgaben der unteren Jagdbehörde
- Sicherstellung der Zuverlässigkeit von Erlaubnisinhabern
- Konsequentes Vorgehen gegen rechtswidrige Zustände

Die SPD bittet die Verwaltung um einen Bericht, welche Maßnahmen und Überprüfungen in den vergangenen 5 Jahren ergriffen wurden, in welchem Umfang es zum Entzug von Erlaubnissen, oder aber auch zur der freiwilligen Rückgabe von Schusswaffen gekommen ist?

IV. Kreisklinikum (Antrag)

b.) Die SPD-Fraktion unterstützt sowohl die Weiterentwicklung des Landkreisklinikums in Crailsheim als leistungsfähiges Haus der Grund- und Regelversorgung einschließlich der erforderlichen Notfallversorgung, als auch das Diakoniekrankenhaus in Schwäbisch Hall als Zentralversorger. Nachdem das Kreiskrankenhaus über eine Defizitabdeckung durch den Kreishaushalt in der Entwicklung gesichert wird, sieht die SPD-Fraktion auch Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung des Diakoniekrankenhaus als Zentralversorger.

Sie fordert die Landkreisverwaltung auf, geeignete Vorschläge - in Abstimmung mit dem Diak - dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen, die zur Stärkung der Aufgaben des Diakoniekrankenhauses als Zentralversorger beitragen und damit die Gesundheitsversorgung im ganzen Landkreis verbessern. Als Beispiel könnte die Unterstützung zur Anschaffung neuer medizinischer Großgeräte dienen.

VIII. Kreismarketing (Anregung)

Die SPD-Fraktion regt ähnlich wie im Ostalbkreis oder Rems-Murr-Kreis an, über freundliche Botschaften auf den Landkreis Schwäbisch Hall hinzuweisen.